

28/2011 Postulat betreffend Militärflugplatz Emmen nach einer allfälligen Fusion

Einleitung

In ihrem am 15. April 2011 namens der FDP Fraktion eingereichten Postulat fordert Ruth Heimo-Diem den Gemeinderat auf, zu prüfen, wie der heutige Status des Militärflugplatzes auch nach einer allfälligen Fusion mit der Stadt Luzern erhalten bleiben kann. Die PostulantIn verweist auf eine im Jahr 2005 gesammelte Petition mit über 12'000 Unterschriften, welche den Erhalt des Militärflugplatzes verlangte, sowie auf die aktuelle Diskussion um das neue Stationierungskonzept. Zur Begründung wird weiter ausgeführt, es bestünden nach wie vor Ideen, den Flugplatz einer zivilen Nutzung zuzuführen. Heute könne die Gemeinde Emmen direkt mit den zuständigen Stellen über die Zukunft des Flugplatzes verhandeln und damit vor allem die Interessen der Anwohner vertreten. Für den Fall einer Fusion könne nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Stärkeverhältnisse für Entscheidungen zum Militärflugplatz zu Ungunsten der Emmer Bevölkerung veränderten. Es müsse daher geprüft werden, in welcher Form der heutige Status und die Mitbestimmung auch nach einer Fusion aufrechterhalten werden könnten.

Stellungnahme zum Postulat

Die Frage eines künftigen Status des Militärflugplatzes Emmen nach einer allfälligen Fusion wurde bereits intensiv diskutiert, sowohl in den Projektgremien während der Abklärungsphase als auch in der Begleitkommission. Der Gemeinderat hat bewirkt, dass die Forderung, es dürfe bei der zivilen Nutzung keine Mehrbelastungen geben, bereits Gegenstand des Schlussberichts der Projektsteuerung wurde. Zusätzlich hat die Begleitkommission dem Gemeinderat ein entsprechendes Verhandlungsmandat mit auf den Weg gegeben. Es kann in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen unter Ziffer 6.6.2. vorne vollumfänglich verwiesen werden.

Der Gemeinderat ist sich sehr wohl bewusst, dass die gestellte Frage des künftigen Status des Militärflugplatzes die Bevölkerung der Gemeinde Emmen bewegt. Er hat die entsprechende Diskussion bereits in die Projektsteuerung getragen und er wird im Rahmen der allfälligen Ausarbeitung eines Fusionsvertrages in der nächsten Projektphase eine entsprechende Regelung verlangen.

Schlussfolgerung

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Postulats.